

# **Israel und Palästina: Geiseln zweier Fundamentalismen Heidelberg, 01. Mai 2009<sup>1</sup>**

## **I. Rahmenbedingungen**

Die Entstehung und die Kraft des jüdisch-israelischen und des arabisch-palästinensischen religiösen Fundamentalismus<sup>1</sup> speisen sich aus dem Scheitern der Politik. Es zieht sich durch die gesamte Geschichte in der britischen Mandatszeit (1920 – 1948) und seit der Gründung des Staates Israel hindurch. Der Kampf zwischen Vernunft und Religion, zwischen Geschichte und Mythos ist voll entbrannt und hat in beiden Öffentlichkeiten als zwanghaft zu qualifizierende Barrikaden gegen den politischen Pragmatismus errichtet. In der Deutung des Konflikts hat sich bei den zentralen Begriffen „Souveränität“ und „Legitimität“ eine Unterscheidung durchgesetzt, die zwischen einem den Wechselfällen der Geschichte unterliegenden menschlichen und dem ewigen göttlichen Frieden differenziert. Dieser Bruch ist die Grundthese meines Buches „Der verborgene Frieden<sup>2</sup>“, dem politisch-diplomatische Prozesse zum Opfer gefallen sind.

## **II. Der israelische Fundamentalismus**

Der politische Zionismus ist nach außen die Konsequenz der gescheiterten politischen und gesellschaftlichen Akzeptanz der staatsbürgerlichen Gleichstellung der Juden in Europa – kulminierend im Holocaust – und der Nationalstaatsbewegungen im 19. Jahrhundert. Nach innen ist er die Absage an die rabbinische Theologie, die traditionell die „Einsammlung der Zerstreuten“ – das Ende der Diaspora – vor Anbruch der messianischen Zeit ablehnte.

---

<sup>1</sup> Der Vortrag ist erschienen in dem Sammelband „Wie wird Neues möglich? Das Unerwartete in der Psychoanalyse“, hg. Christian Bischoff et al. im Auftrag der DPV-Frühjahrstagung- Frankfurt am Main 2009, S. 307 ff.

Für den Zionismus, das erkannten seine führenden Köpfe rasch, kamen die jüdischen Einwanderer nicht in „ein Land ohne Volk“. Deshalb zeichneten sich bereits am Ausgang des Ersten Weltkrieges scharfe Auseinandersetzungen ab. Doch als Kinder der Ideen des europäischen Kolonialismus glaubte die Führung an die Neutralisierung des arabischen Widerstandes durch zivilisatorische Leistungen: Überwindung des Feudalsystems, Modernisierung der Gesellschaft, Hebung des Lebensstandards.

Gegen diese Rezepturen regten sich Einwände. Die zionistischen Revisionisten äußerten sie von „rechts“: Sie maßten den Protesten der arabischen Bevölkerung eine nationale Komponente bei, die nur mit eigener politischer und militärischer Stärke in Schach gehalten und ausgeschaltet werden könne. Der Friedensbund um Martin Buber warb von „links“ für eine jüdisch-arabische Verständigung in Gestalt eines „binationalen Gemeinwesens“. Ein drittes Lager, religiös-orthodoxe Kräfte, suchte nach einem Brückenschlag zwischen dem politischen Zionismus und der biblischen Verheißung von der Erlösung des jüdischen Volkes im Lande Israel als Vorboten der Erlösung der Welt. Dieser Spagat findet sich 1948 in der israelischen Unabhängigkeitserklärung wieder: Die Einführung einer Verfassung scheiterte. Doch die Konsolidierung des Staates gegen seine äußeren Feinde sowie die soziale und kulturelle Integration von einer Million Zuwanderern vor allem aus arabischen und moslemischen Ländern standen im Vordergrund der Aufmerksamkeit.

Nach dem Junikrieg 1967 brach die Kluft zwischen säkularem und religiösem Zionismus auf: Der Sieg gegen die arabischen Armeen wurde dem rettenden Eingreifen Gottes zugeschrieben. Er habe das Volk Israel vor dem zweiten Holocaust bewahrt und es in seine wahre Heimat zurückgeführt, an die heiligen Stätten in Ost-Jerusalem und in der Westbank. Gleichzeitig schien die erneute internationale Isolierung das prophetische Wort vom „Volk, das allein wohnt“ (4. Mose 23,9) zu bestätigen und durch die Überzeugung

erweitert, dass das jüdische Volk nicht wegen der Realisierung der Demokratie und der Durchsetzung universaler Menschenrechte in die biblischen Lande „Judäa und Samaria“ zurückgekehrt sei. Diese Territorien als Faustpfand bis zur Bereitschaft der arabischen Nachbarn einzusetzen, politischen Frieden zu schließen, traten immer deutlicher in den Hintergrund. Der ehemals säkulare Zionismus begann eine fundamentale Kehrtwendung.

Die Siedlungspolitik ließ die Besatzungsmentalität hinter sich. Dem Aktionismus religiöser Kreise, in der Westbank jüdische Siedlungen anzulegen, hatte die Arbeitspartei (Regierungschefs Levi Eshkol, Golda Meir und Yitzhak Rabin) wenig entgegenzusetzen. Mit dem Wahlsieg des „Likud“<sup>3</sup> (Menachem Begin) 1977 trat der ideologische Widerspruch auch operativ voll zu Tage – die staatliche Siedlungspolitik wurde ausgeweitet und beschleunigt. Ein „jüdischer Dihad“, kritisierte 1995 der israelische Militärhistoriker Zeev Schiff, ziehe gegen den multikulturellen Liberalismus zu Felde. Ihren Protagonisten ist es im Einklang mit nationalistischen Kräften gelungen, in der Symbiose eines „Yeshiva-Nationalismus“ die staatlichen Institutionen zu unterwandern und der israelischen Öffentlichkeit mit einem Bürgerkrieg zu drohen, sollte internationalem Druck nachgegeben werden.

Der Zionismus begann, sich vorrangig religiös-ethnozentratisch zu definieren, und nahm von der Ethik des jüdischen Universalismus, einem Kind der europäischen Aufklärung, Abschied. Die Dämme der politischen Vernunft brachen sich an dem Siedler-Postulat, wer sich aus dem jüdischen Hebron zurückziehe, solle den Mut haben, den einst philistäischen Küstenstreifen aufzugeben. Anfang November 1995 fiel Yitzhak Rabin dem rabbinischen Todesurteil „Wen das Land nicht kümmert, um den kümmert sich das Land nicht“ zum Opfer; der Historiker und Publizist Tom Segev sprach vom „perfekten Mord“.

Am 10. Februar 2009 setzte sich Benjamin Netanyahu („Likud“) gegen Tsipi Livni („Kadima“<sup>4</sup>) bei den Parlamentswahlen durch. Der Ministerpräsident hat die palästinensischen und internationalen Forderungen nach der Schaffung eines souveränen Staates Palästina an der Seite Israels mehrfach zurückgewiesen, um damit einen Schlusspunkt gegen nationale palästinensische Ansprüche zu setzen.

### **III. Palästinensischer Fundamentalismus**

#### 1. Arabische Dimensionen

Der islamische Fundamentalismus in der arabischen Welt ist die Frucht ägyptischer Vordenker. Sein bedeutendster Theoretiker war Sayid Qutb (geb. 1906). Aufgrund seiner Verfolgung durch König Faruk ging er 1949 in die USA, kehrte aber – erschüttert von den Erfahrungen der dortigen sexuellen Promiskuität, der Rassentrennung und Huldigung des Geldes – nach zwei Jahren nach Kairo zurück. Für ihn hatten sich die Juden „vom ersten Tag an“ mit den Gegnern des Islam verschworen. Seinem Buch gab er 1950 in bezeichnender Analogie den „Unser Kampf mit den Juden“. Qutb wurde 1966 hingerichtet.

Der zweite Protagonist des politischen Islam war Hassan al-Banna (geb. ebenfalls 1906). Er gründete 1928 die Moslembroderschaft, um die islamischen Moralvorstellungen zu verbreiten und auf dieser Basis gegen kapitalistische Ausbeutung und westliche Dekadenz zu kämpfen. 1936 schrieb er: „Es liegt in der Natur des Islam, zu herrschen und nicht beherrscht zu werden.“ 1941 zählte die Moslembroderschaft 60.000 Mitglieder, 1948 sollen es 500.000 gewesen sein. Öffentliche Aufmerksamkeit errangen sie durch ihre straffe hierarchische Lenkung in Firmen, Krankenhäusern, Schulen und Moscheen. 1948 wurden sie verboten. Ein Jahr später fiel al-Banna einem Attentat zum Opfer.

1954 verübte die Moslembroderschaft einen Anschlag auf Präsident Abdel Nasser, der sie brutal verfolgen ließ. Bis heute ist die Moslembroderschaft als Partei verboten, sitzt aber mit achtzig „unabhängigen“ Abgeordneten im Parlament. Aufgrund ihres internen ideologischen Streits und der Überalterung ihrer Führung sind sie für das ägyptische Regime keine ernsthafte Gefahr – solange Hosni Mubarak auf der politischen Bühne die Zügel fest in der Hand hält. Der Schweizer Publizist Arnold Hottinger hat 1993 bemerkt, dass der politische Islam eine Ideologie von großer Sprengkraft sei, solange er sich in der Opposition befinde, doch seine Schwäche werde sichtbar, wenn er seine Versprechungen umsetzen müsse. Mit Ausnahme des konfessionell gemischten Libanon ist in jeder arabischen Verfassung die Sharia<sup>5</sup> als oberste Rechtsquelle ausgewiesen, auch für das palästinensische Grundgesetz („Basic Law“) von 2003 trifft dies zu.

In Syrien hat sich das dortige Regime unter Hafez al-Assad der Moslembroder entledigt, als es von der Armee im Februar 1982 zwischen 10.000 und 30.000 in Hama niederschießen ließ. Wegen der scharfen Repressionen spielen sie heute keine politische Rolle im Lande. In Jordanien hat sich König Abdullah II. im September 2006 überzeugt gezeigt, dass sich die „Islamisten an die staatlichen Sicherheitsvorgaben halten und den Terrorismus ablehnen“: Die Mehrheit würde ihr Land lieben, und sie seien im Parlament sowie in mehreren nationalen Institutionen personell vertreten. Nebenbei erwähnt: Jordanien bewegt die Sorge, dass ein palästinensischer Staat mit voller Souveränität die strategische Balance in der Region zu Ungunsten der Haschemiten verändern könnte.

## 2. Palästina

Der palästinensische Ableger der ägyptischen Moslembroderschaft, die „Islamische Widerstandsbewegung“ (Akronym „ Hamas“), ist das Ergebnis ideologischer Verschiebungen und Umbrüche nach der arabischen Niederlage im Junikrieg 1967. Die mit großen

Hoffnungen bedachten Armeen Ägyptens, Jordaniens und Syriens waren innerhalb von sechs Tagen vernichtend geschlagen worden. Die 1964 unter ägyptischer Ägide gegründete Palästinensische Befreiungsfront (PLO) begann sich von der arabischen Vorherrschaft schrittweise abzusetzen. Während die arabische Gipfelkonferenz im August 1967 in Khartum ihr dreifaches Nein – „keine Anerkennung Israels, keine Verhandlungen mit Israel, kein Frieden mit Israel“ – beschloss, schlug die PLO unter Führung von Yasser Arafat ein Jahr später einen differenzierten Kurs ein: Zwar wollte auch sie auf den bewaffneten Kampf gegen die Existenz Israels nicht verzichten, doch nach diesem Sieg proklamierte sie als Ziel die Schaffung eines gemeinsamen Staates für Moslems, Juden und Christen in ganz Palästina. Nach der erneuten arabischen Kriegsniederlage im Oktober 1973 nahm die PLO weitere Korrekturen vor, indem sie eine Zweistaatenregelung entlang der Waffenstillstandsgrenzen von 1949 ins Auge fasste. Im November 1988 formalisierte sie diese Entscheidung und erkannte damit den Staat Israel implizit an – zehn Jahre nach dem Friedensvertrag Ägyptens mit Israel, den Anwar Sadat 1981 mit dem Leben bezahlte.

Die Widerstände blieben nicht aus. Während für manche palästinensische Intellektuelle und Repräsentanten der Weg des politischen Realismus zu langsam beschritten wurde – wofür sie mit dem Tod büßten –, formierte sich am anderen Ende des ideologischen Spektrums „ Hamas“, die jeglichen politischen und territorialen Kompromiss ablehnte und in ihrer Charta verankerte. Verlegte sich die PLO in der ersten „Intifada“ ([den Feind] „abschütteln“) auf Rezepte des Volkswiderstandes gegen die israelische Okkupation, lebte bei „ Hamas“ die arabische Theorie vom „Haus des Islam“, in dem keine fremde Souveränität Platz habe, wieder auf und schlug sich im Modell der Selbstmordattentate nieder, das die PLO in ihrer Frühzeit verfolgt hatte. In der palästinensischen Gesellschaft fand es desto breiteren Widerhall, je länger die Befreiung von der Besatzungsmacht auf sich warten ließ. Einen Tag vor Unterzeichnung der israelisch-palästinensischen

Prinzipienerklärung am 13. September 1993 in Washington („Oslo I“) wurden drei israelische Soldaten im Gazastreifen umgebracht, und einen Tag nach der Unterzeichnung sprengte sich ein Selbstmordattentäter an einer israelischen Polizeistation in Gaza-Stadt in die Luft.

Da Arafat an die unwiderstehliche Dynamik des Oslo-Prozesses zugunsten eines Staates Palästina glaubte, verschärften sich die Spannungen zwischen der größten Partei innerhalb des PLO-Dachverbandes, der „Fatah“<sup>6</sup>, und „ Hamas“. Am 18. November 1994, dem „Schwarzen Freitag“, erschossen palästinensische Sicherheitskräfte in Gaza-City dreizehn „ Hamas“-Anhänger. Dennoch war der Verfall der politischen Autorität Arafats trotz seines Sieges bei den Präsidentschaftswahlen Anfang 1996 nicht aufzuhalten: Er hatte der Politik Israels in den palästinensischen Gebieten nichts entgegenzusetzen. Eine Mischung aus Revolte und Anarchie machte sich breit. In ihrem Windschatten setzte sich der Aufstieg von „ Hamas“ fort – zunächst an den Universitäten, Berufsverbänden und in Kommunalvertretungen. Das Angebot sozialer Dienstleistungen, die über Spenden und Abgaben sowie über ausländische Überweisungen (vor allem aus Syrien, Iran) finanziert wurden, schufen weitere Loyalitäten, während bei der Autonomiebehörde die internationalen Finanztransfers in Milliardenhöhe allzu häufig in korrupten Kanälen und in der Ausbreitung von Misswirtschaft versickerten.

Nachdem Israel den Gazastreifen im Sommer 2005 geräumt hatte, setzte sich die Islamische Widerstandsbewegung fünf Monate später bei den Parlamentswahlen gegen die politisch und organisatorisch desolat auftretenden Kandidaten der „Fatah“ durch. Im Juni 2007 scherte sie mit dem Gazastreifen aus dem Verbund zur Westbank aus; es entstanden zwei territorial abgegrenzte Machtzentren, wobei beide Lager den Gegner auszuschalten versuchten. In Absprache mit den USA und der Europäischen Union setzte Israel den Boykott gegen „ Hamas“ durch, der jedoch eher die 1,5 Millionen Bewohner

des Gazastreifens traf. „ Hamas“ quittierte die Abriegelung mit dem Raketenbeschuss südisraelischer Städte und Ortschaften.

Mit der arabisch vermittelten Waffenruhe mit Israel im Juni 2008 sank die Zahl der aus dem Gazastreifen abgeschossenen Projektile drastisch – bis die Regierung in Jerusalem unter dem Schirm der US-Präsidentschaftswahlen am 4. November sechs Angehörige der „Qassam-Brigaden“ von „ Hamas“ liquidierte. Einen Tag vor dem Ausgang der sechsmonatigen Waffenruhe verlangte „ Hamas“ als Gegenleistung zu ihrer Verlängerung das Ende der Blockade. Am 27. Dezember begann Israel seine Operation „Gegossenes Blei“, die am 18. Januar 2009 frühmorgens um 2 Uhr mit einer erneuten Waffenruhe endete. Während des 22 Tage andauernden Krieges kamen nach unabhängigen Berichten mehr als 1400 Palästinenser und dreizehn Israelis ums Leben. Mindestens 3500 Häuser, drei Kliniken, fünf Kindergärten, zehn Schul- und sechs Universitätsgebäude sowie 269 Privatbetriebe seien zerstört und 17 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzflächen vernichtet worden. „ Hamas“ rühmte sich, dass nur 48 ihrer Kämpfer ums Leben gekommen seien – ein Indiz dafür, dass sie sich hinter Zivilisten verschanzten.

Auf der Gegenseite musste sich die Autonomiebehörde angesichts beschränkter politischer Befugnisse allein auf die grenzenlose Loyalität der Bevölkerung verlassen, deren sie weitgehend verlustig ging, weil sie in der Auseinandersetzung mit der Islamischen Widerstandsbewegung der Kollaboration mit Israel geziehen wird. Die Vermittlungsgespräche zwischen den beiden großen Fraktionen in Kairo sind bislang (Stand Juni 2009) wegen grundlegender Differenzen ergebnislos geblieben. Die palästinensische Gesellschaft kann sich nicht länger der provokativen Anfrage des an der Columbia University lehrenden Historikers und Politologen Rashid Khalidi entziehen, warum ihre Führung staatspolitisch erfolglos geblieben ist, während die umliegenden arabischen Länder ihre nationale Souveränität erkämpft haben. Hosni Mubarak,



Abdullah II. von Jordanien und das saudische Königreich haben alle Hände voll zu tun, ihr Regiment vor populistischen Anfeindungen im Innern zu schützen, und stehen der innerpalästinensischen Konfrontation eher hilflos gegenüber.

### **III. Fazit**

Nur wenn sich der Rückzug auf irrationale, religionsgestützte Axiome überwinden lässt, ist die Option einer jüdisch-arabischen, israelisch-palästinensischen Koexistenz unter den Bedingungen der nationalen Ebenbürtigkeit überhaupt denkbar, nachdem die Zweistaatenoption immer häufiger in Zweifel gezogen worden ist. Zu den Voraussetzungen einer Friedensregelung gehört der Abschied von der Illusion, „ Hamas“ und die religiös-nationalistischen Fundamentalisten in Israel neutralisieren oder gar ausschalten zu können: Beide sind in ihren Gesellschaften so tief verankert, dass nur ein neues Gleichgewicht zwischen Politik und Religion weiterhelfen wird. Erst danach werden sich Ansätze zur Klärung der seit Jahrzehnten vernachlässigten oder verhinderten Topoi „Grenzregelungen einschließlich Rückführung der jüdischen Siedlungen, Zukunft Jerusalems, palästinensisches Flüchtlingsproblem und Sicherheitsfragen“ durchsetzen. Die Taktik immer neuer Zwischenvereinbarungen und Absichtserklärungen ist gründlich gescheitert.

Trotz ihres permanenten Bekenntnisses zur Zweistaatenregelung haben die Europäer kein eigenständiges politisches Profil gegenüber der Region entwickelt, so dass Zweifel geäußert worden sind, ob Europa überhaupt eine Nahostpolitik habe. Es bedurfte des Amtsantritts von Barack Obama, um neue nahostpolitische Hoffnungen zu wecken. Dabei hilft dem Präsidenten die schwindende Identifikation US-amerikanischer Juden mit Israel. Sie beharren auf den Werten von Liberalität und universellen und Minderheitenrechten, die der Staat Israel gegenüber dem

palästinensischen Volk nachhaltig verletze. Für die Palästinenser ist Obama nach den Worten des Publizisten Ghassan Khatib „die einzige Quelle der Hoffnung“. Die auf einen politischen Strukturwandel zielenden Demonstrationen im Iran nach der Präsidentschaftswahl Mitte Juni haben in Israel die Frage provoziert, wie lange die dortige Öffentlichkeit noch warten wolle, für einen Politikwechsel zu sorgen.

-----

---

<sup>1</sup> In der wissenschaftlichen Literatur wird „Fundamentalismus“ vorwiegend auf die arabische und islamische Welt appliziert. Gleichzeitig werden die Begriffe „politischer Islam“, „Islamismus“ und „islamischer Fundamentalismus“ tautologisch verwendet und als bewusste Organisation des politischen Widerstandes durch Einführung des Vokabulars und der Prinzipien des Islam im Gegensatz zur politisch leidenschaftslosen und freiwilligen Hingabe an Gott verstanden. Samuel Huntington bezeichnete mit dem Begriff „Islamische Resurgenz“ eine „breite intellektuelle, kulturelle, soziale und politische Bewegung, die in der gesamten islamischen Welt vorherrscht“, wobei der islamische „Fundamentalismus“ lediglich eine „Komponente in der sehr viel umfassenderen Erneuerung islamischer Ideen, Praktiken und Rhetorik und der Hinwendung muslimischer Populationen zum Islam“ sei. Im Blick auf Israel findet „Fundamentalismus“ vor allem in der Populärliteratur Verwendung, im internationalen Wissenschaftsbetrieb jedoch wird er selten mit einer näheren Definition belegt.

<sup>2</sup> Reiner Bernstein: Der verborgene Frieden: Politik und Religion im Nahen Osten. Berlin 2000.

<sup>3</sup> „Einheit.“ Sammelbecken der politischen Rechten in Israel in der Tradition des zionistischen Revisionismus unter Führung von Vladimir Zeev Jabotinsky, 1860 – 1940.

<sup>4</sup> „Vorwärts.“ Abspaltung vom „Likud“ im Vorfeld des Rückzugs aus dem Gazastreifen 2005.

<sup>5</sup> *Sharia*: Weg zur klaren Wasserstelle. Kanonisches Recht des Islam. „Wir haben dich auf einen klaren Weg (*sharia*) unseres Gebots gebracht. Folge ihm und folge nicht den Launen jener, die nicht wissen“ (Koran 45,18). Die *Sharia* schöpft aus drei Quellen. Dem Koran, der Sunna (beispielhafte Praxis Mohammeds und dem Hadith (konsensuale Deutung der Gemeinde). In ihrer uneingeschränkt strengen Form gilt die *Sharia* in Sudan, Saudi-Arabien, Iran, Pakistan und Afghanistan. Dort ist das Motto „Allah ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unser Gesetz. Dihad ist unser Weg. Sterben auf dem Weg zu Allah ist unsere größte Hoffnung“ wirksam.

<sup>6</sup> „Öffnung“ bzw. rückwärts gelesenes Akronym für „*Bewegung zur Befreiung Palästinas*“.